



Landesausschuss der Studentinnen und
Studenten (LASS) GEW Niedersachsen
Berliner Allee 16
30175 Hannover
Sprecherin: Elke Michauk
Mail: lass@gew-nds.de
Mobil: 0163 – 2555 905
www.gew-niedersachsen.de/lass

An die studentischen Mitglieder der
GEW in Niedersachsen

Lüneburg, den 06.10.08

Liebe Kommiliton/innen, werte Kolleg/innen.

Nun ist es soweit: Der zweite hochschulpolitische Newsletter ist da!

Im aktuellen Newsletter findet ihr wieder interessante Themen zur Hochschulpolitik in Niedersachsen und über dessen Grenzen hinaus. Ebenso gibt es wieder die Rubriken „Rechtliches“, „Neu im Netz“ und nicht zu vergessen „Termine“.

Zukünftig wollen wir den Newsletter **ausschließlich** digital an euch versenden – das spart uns Papier und Porto und euch lästiges Abtippen von URLs.

Um zukünftig die Zusendung eines digitalen Newsletters bewerkstelligen zu können, bitten wir euch, euer Interesse am hochschulpolitischen Newsletter des LASS GEW Niedersachsen durch eine E-Mail an lass@gew-nds.de zu bekunden.

Eure E-Mail-Adresse wird dann bei der GEW entsprechend den allgemeinen Datenschutzbestimmungen gespeichert und ausschließlich für die Versendung von Informationen und Terminhinweisen genutzt.

In jedem Fall gilt: Wir freuen uns über Kritik und Lob aber auch auf Anregungen für zukünftige Newsletter.

Mit solidarischen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Elke Michauk', written in a cursive style.

Elke Michauk
(Sprecherin des LASS GEW Niedersachsen)

Hochschulpolitischer Newsletter des LASS GEW Niedersachsen N° 2

1.) Niedersachsen

- a) Kein Plan von nichts: Die Landesregierung und die gestufte Lehramtsausbildung an niedersächsischen Hochschulen
- b) Niedersächsisch Technische Hochschule (NTH)
- c) Merkel entdeckt „Bildung“

2.) Bundesgebiet

- a) Mehr Geld auch für Studierende? - Verhandlungen zum TVöD und TV-L 2009
- b) Wissenschaftsrat: Empfehlungen Qualität von Lehre und Studium
- c) Stichwort Studienfinanzierung – BAföG
- d) ZVS überholt? Bewerbungschaos an deutschen Hochschulen
- e) 10. Studierendensurvey: Zufriedenheit von Studierenden steigt und politische Einstellungen von widersprüchlich?!
- f) Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut: Trend zu belastenden Arbeitszeiten hält an
- g) OECD und Eurostudent bescheinigen Deutschland erneut eines der sozial selektiven Bildungssysteme
- h) Österreich schafft Studiengebühren ab - Hamburgische Bürgerschaft beschließt nachgelagerte Studiengebühren
- i) „Leitlinien für die Lehrerbildung“ der Arbeitgeberverbände

3.) Rechtliches

- a) 35 Jahre = kein Studiendarlehen!
- b) Bundesverwaltungsgericht entscheidet: Zweitwohnungssteuer für Studierende möglich

4.) Termine

5.) GEW Publikationen für den Bereich „Hochschule“

6.) weitere Publikationen

7.) Neu im Netz

Impressum

I.) Niedersachsen

a) Kein Plan von nichts: Die Landesregierung und die gestufte Lehramtsausbildung an niedersächsischen Hochschulen

Das die Landesregierung oft nicht weiß, was an den Hochschulen in Niedersachsen passiert, verwundert oft nicht mehr, dass sie dies allerdings auf eine Anfrage der Fraktion „Bündnis 90 / Die Grünen“ zugibt, lässt geneigte/n Leser/in jedoch schmunzeln.

So liegen der Landesregierung nach eigener Aussage keine validen Zahlen vor, wie hoch der Anteil der Lehramtsstudierenden in den seit dem Wintersemester 2007/2008 eingeführten polyvalenten 2-Fach-Bachelor studieren. Ebenso gibt es bislang keine aussagekräftigen Zahlen der Studierenden in den Masterstudiengängen, wenngleich die Zahl dieser Studienplätze nach Aussage der Landesregierung bedarfsorientiert bemessen werden. Hier lässt sich offen die Frage stellen: Nach welchem Bedarf, wenn doch keine Zahlen vorliegen. Praktische Relevanz erhalten die nicht vorhandenen Datenwüsten, wenn es um die Besetzung freier Stellen in den sogenannten Mangelfächern, also Fächern in denen es bereits jetzt zu weniger Lehrer/innen gibt, geht. Denn ohne Zahlen kann die Landesregierung hier nicht rechtzeitig nachsteuern, sodass i.d.R. sogenannte „Feuerwehrlehrkräfte“ eingesetzt werden müssen.

Das die Zeit drängt, denn ein Blick auf die Altersstruktur der sich aktuell im Lehrbetrieb der Schulen befindenden Lehrer/innen macht deutlich, dass in den nächsten Jahren muss jede zweite Stelle neu

besetzt werden muss. Dies sind nach GEW-Berechnungen allein in Niedersachsen rund 36.000 Lehrkräfte in den öffentlichen Schulen in den nächsten zehn Jahren. Hierfür reichen die Kapazitäten der 50 Studienseminare sowie die bisher von der Landesregierung angekündigten zusätzlichen Stellen für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst nicht aus, um landesweit die grundlegende Unterrichtsversorgung zu sichern.

Landtagsanfrage:

http://www.landtag-niedersachsen.de/Drucksachen/Drucksachen_16_2500/0001-0500/16-0352.pdf

Bologna im Lehramtstudium:

http://wissenschaft.gew.de/Ausbildung_von_LehrerInnen_und_PaedagogInnen.html

<http://www.fzs.de/themen/studienreform/lehrerinnenbildung/62357.html>

<http://www.fzs.de/themen/studienreform/lehrerinnenbildung/205642.html>

„Feuerwehrlehrkräfte“

<http://www.gew-niedersachsen.de/personalratsarbeit.php>

http://www.gew-niedersachsen.de/meldungen/steter_tropfen.php

b) Niedersächsisch Technische Hochschule (NTH)

Eine „wichtige hochschulpolitische Weichenstellung“ nannte Lutz Stratmann die Einrichtung der Niedersächsisch Technischen Hochschule noch Anfang des Jahres. Das sie ihm dann doch noch so viele Bauchschmerzen bereiten würde, ahnte er damals noch nicht... Zu Beginn schien alles nach Plan zu verlaufen, doch dann drohte der Präsident der Universität Hannover den Traum der Landesregierung von einer Niedersächsisch Technischen Hochschule platzen zu lassen. Nun scheint die NTH auf den Weg gebracht und alles in trockenen Tüchern zu sein. Doch was ist die Niedersächsisch Technische Hochschule genau? In der NTH sollen die Ingenieurwissenschaften einschließlich Architektur, Informatik, Naturwissenschaften sowie Mathematik der drei Hochschulstandorte Braunschweig, Hannover und Clausthal zusammengefaßt werden. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, denn im Rahmen des Hochschuloptimierungskonzeptes setzte die Landesregierung auf Einsparungspotentiale durch die Zusammenlegung und Fusion von Standorten bzw. ganzen Hochschulen. Im Fall der NTH zielt die Landesregierung nach eigener Aussage einerseits auf eine bessere Zusammenarbeit der drei Standorte ab und möchte andererseits Niedersachsen im überregionalen und europäischen Forschungsförderung leistungsfähiger machen. Doch was bedeutet dies für die Studierenden an den Standorten? Müssen sie zukünftig für ihre Vorlesungen zwischen den Standorten pendeln? Welche Form soll zukünftig die studentische und akademische Selbstverwaltung haben? Welche Chancen und Risiken ergeben sich aus der Gründung der NTH? Hierzu mehr unter den folgenden links:

http://www.asta.tu-bs.de/asta_info/2008_20_6_VV_reader.html#03

http://www.asta.tu-bs.de/Stellungnahme_Studierende_zum_NTHG-Anhoerungsentwurf_vom_2008-07-24.pdf

c) Merkel entdeckt „Bildung“

Seit gut drei Wochen ist die Bundeskanzlerin Angela Merkel nun schon auf Bildungsreise. 3 Wochen stehen noch an. Zwölf Termine absolviert sie insgesamt, von der Kita bis zur Hochschule, von Hamburg bis zum bayerischen Deggendorf. Überall wo sie hinkommt blitzt und blinkt es, sind ausschließlich lachende Kinder zu sehen... Zufall oder medienwirksam inszeniertes Spektakel? Nachdem der Bund seine Kompetenzen im Bereich „Bildung“ im Rahmen der Föderalismusreform ohne Widerstand an die 16 Bundesländer abgegeben hat, entdeckt Merkel das Thema wieder für sich und ruft die Bildungsrepublik Deutschland aus. Doch was bleibt von den Besuchen außer schönen Bildern, welche sich 2009 gut im Bundestagswahlkampf machen? Kritische Artikel gibt es

kaum, denn es gibt auch keine konkreten Inhalte und Aussagen wie der Bund z.B. die Bildungsbeteiligung erhöhen, die soziale Selektion im deutschen Bildungssystem (-> „*OECD und Eurostudent bescheinigen Deutschland erneut eines der sozial selektiven Bildungssysteme*“) verringert will geschweige denn konkrete Zusagen für finanzielle Unterstützung an die Länder, um die allseits gelobte „Bildungsinnovation“ herbeizuführen und der Unterfinanzierung des Bildungssystems Einhalt zu bieten. Vielmehr scheint es so, als wolle der Bund die Länder mit Blick auf den 22. Oktober (Bildungsgipfel in Dresden) derart unter Druck setzen um sie zu klaren Zusagen zur Bildungsfinanzierung zu bewegen. Konkrete Maßnahmen, vor allem zusätzliche finanzielle Mittel, um Bildungszugänge zu öffnen bzw. mehr Durchlässigkeit zu schaffen, wird es (mit großer Wahrscheinlichkeit) nicht geben. Dennoch: Die Notwendigkeit einer Bildungsreform war nie größer! Wenn der Bildungsgipfel spürbare und vor allem nachhaltige Erfolge bzw. Verbesserungen bringen soll, muss er ein „Umsetzungsgipfel“ werden! Es müssen verbindliche Vereinbarungen und Zusagen darüber getroffen werden, wie zusätzliche finanzielle Spielräume erschlossen werden sollen, um die Bildungsaufgaben durch Bund und Länder zu schultern.

Um ein Zeichen zu setzen haben sich studentische Vertreter/innen unterschiedlicher Organisationen zusammengeschlossen, um am 22. Oktober im Dresden einen Alternativen Bildungsgipfel stattfinden zu lassen. In dessen Rahmen soll es neben inhaltlichen Workshops auch eine Demonstration in Dresden geben. Der LASS GEW Niedersachsen unterstützt diesen Alternativen Bildungsgipfel (mehr bei den Links).

Wie ein solcher Besuch aussieht, könnt ihr auch am 9. Oktober *live miterleben*, denn dann kommt die Bundeskanzlerin im Rahmen ihrer Bildungsreise zu Besuch nach Lüneburg an die Leuphana Universität. (mehr unter Termine und www.asta-lueneburg.de)

http://www.n-tv.de/Bildungspolitik_als_Chefsache_Merkel_will_Bildungsgipfel/120620080716/978762.html
http://www.bundeskanzlerin.de/nn_4922/Content/DE/Artikel/2008/09/2008-09-17-haushalt-generaldebatte.html
<http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/bildung-schlecht-bilder-gut/>

Alternativer Bildungsgipfel:

www.bildung2008.de.vu

2.) Bundesgebiet

a) Mehr Geld auch für Studierende? - Verhandlungen zum TVöD und TV-L 2009

Der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) ist der Tarifvertrag für die Beschäftigten der bundesdeutschen Länder. Nachdem der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) für den Bund und die Kommunen bereits am 13. September 2005 vereinbart und am 1. Oktober 2005 in Kraft getreten ist, haben die Gewerkschaften Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und dbb beamtenbund und tarifunion sich am 19. Mai 2006 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) unter ihrem Verhandlungsführer Hartmut Möllring auf den TV-L für den Länderbereich geeinigt. Die bisher im Rahmen des TV-L beschlossenen Tarifvereinbarungen laufen Ende 2008 aus. 2009 stehen die Höhe der Vergütung und die damit zusammenhängenden Regelungen zur Disposition.

Doch was hat das ganze mir DIR zu tun?

Du denkst der an deiner Hochschule gezahlte Lohn für Hilfstätigkeiten in Studium und Lehre (z.B. studentische Tutorien) sowie Verwaltung und Technik (z.B. studentische Mitarbeiter/innen z.B. in PC-Pools) sind viel zu niedrig? Dann aufgepasst! Denn 10,98 € (studentischer Tarif in Berlin) sind auch in Niedersachsen möglich! Denn seit einigen Jahren setzen sich auch Studierende für die Rechte studentischer Beschäftigter an Hochschulen ein. Als Vernetzungsplattform dient ihnen die studentische organisierte „Tarfi-ini“ (www.tarifini.de). Für das Wintersemester sind an den Hochschulen im Bundesgebiet mit Blick auf die Tarifverhandlungen der Länder (TV-L) verschiedene Aktionen geplant, um einen bessern Lohn für studentische Beschäftigte an den Hochschulen zu

erkämpfen.

Willst auch DU einen besseren Lohn für dich und deine Kommiliton/innen? Dann informier DICH, trag die Informationen vor Ort weiter und gründe einen Tarfi-ini vor Ort an DEINER Hochschule! Rückfragen kannst du jederzeit an deinen LASS (lass[at]gew-nds.de) stellen!

www.tarifini.de

http://www.gew.de/Binaries/Binary36083/080820_TV_L_ABC_Inhalt_2008.pdf

http://www.gew.de/Tariffrunde_2.html

<http://tariffrunde.laender.verdi.de/materialien>

b) Wissenschaftsrat: Empfehlungen Qualität von Lehre und Studium

Im vierten Anlauf hat der Wissenschaftsrat seine Empfehlungen zur Qualität von Lehre und Studium vorgelegt. Der Vorsitzende des Wissenschaftsrats Peter Strohschneider erklärte bei der Vorstellung der Empfehlungen in Berlin: "Die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Hochschulsystems hängt nicht zuletzt daran, dass an den Hochschulen eine neuartige Lehrkultur entsteht, bei der Qualität in der Lehre auch anerkannt und ausgezeichnet wird. Das bedeutet einen Mentalitätswechsel: Leistungen in der Lehre müssen dasselbe Ansehen in Wissenschaft und Öffentlichkeit genießen wie Erfolge in der Forschung." Er rief die "Akteure in Politik und Hochschulen, Lehrende und Studierende zu einer großen gemeinsamen Anstrengung für mehr Qualität in Lehre und Studium" auf.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat hierzu Ende August ihr Positionspapier für eine "Qualitätsoffensive für gute Hochschullehre" vorgestellt, das unter dem Motto "Die Lehre in den Mittelpunkt" steht. Die Wissenschaftsrats-Empfehlungen sind in mancher Hinsicht Wasser auf die Mühlen der Forderungen der Bildungsgewerkschaft GEW :

- Wie die GEW hält der Wissenschaftsrats Reformen für erforderlich, die die Qualität der Lehre systematisch im Hochschulsystem verankern. Er möchte im Hochschulsystem eine "Lehrkultur" etablieren, in der "Lehrleistungen in gleichem Maße wie Forschungsleistungen zur Reputation beitragen können".
- Der Wissenschaftsratsvorsitzende betonte auf der Pressekonferenz, dass es mit einem Appell an mehr Engagement der Lehrenden nicht getan ist: "Es braucht vielmehr institutionelle Anstrengungen - und es braucht auch mehr Geld". Die Kosten speziell für die Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium werden auf jährlich rund 1,1 Milliarden Euro beziffert - zusätzlich zum ohnehin erforderlichen quantitativen Ausbau der Studienplätze.
- Wie die GEW setzt sich der Wissenschaftsrat dafür ein, dass die Hochschulen eine "systematische Personalentwicklung in der Lehre betreiben" und Berufungen "konsequenter an den Nachweis von Lehrkompetenz binden". Die Hochschulen sollen "flächendeckende Angebote für Fortbildungen" über überregional ausgerichtete "Fachzentren für die Hochschullehre" einrichten.

Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Qualität von Lehre und Studium:

http://www.wissenschaftsrat.de/presse/pm_1408.html

Positionspapier der GEW zur Hochschullehre: "Die Lehre in den Mittelpunkt"

http://www.gew.de/GEW_Gute_Lehre_ist_ein_Job_fuer_Profis.html

c) Stichwort Studienfinanzierung - BAföG

Wer sich viel mit dem BAföG befasst, wird auch nach der Erhöhung der BAföG-Sätze so manche Regelung finden, die verbesserungsfähig wäre. Insbesondere im Zusammenhang mit der Einführung der gestuften Abschlüsse Bachelor und Master gibt es einige Probleme. So z.B. bei der Übergangszeit zwischen Bachelor-Abschluss und direkt anschließendem Master. Die meist doch mit

ein paar Monaten Pause verbunden ist und dazu führt, dass es in dieser Zeit kein BAföG gibt. Darüber hinaus zeigt die aktuelle Studie des DIW, dass sich die zum Wintersemester 2008 in Kraft tretende BAföG-Erhöhung kaum auf die Studienaufnahme auswirken wird: Die steigenden BAföG-Sätze gleichen gerade mal die Preissteigerungen seit der letzten Reform 2001 aus. Die Studierwahrscheinlichkeit dürfte sich von 76 auf 77 Prozent erhöhen. Eine automatische Erhöhung des BAföG entsprechend der steigenden Verbraucherpreise hält das DIW für sinnvoll. Außerdem urteilt das DIW: „Die Erhöhung des BAföG allein ist kein effektives Mittel zur Erhöhung der Studierendenquote in Deutschland.“ Die Forderung, das BAföG stärker zu erhöhen, stellt das DIW jedoch nicht. Die Bundesregierung sieht gleichwohl keinen Änderungsbedarf.

<http://www.bafog-rechner.de/Hintergrund/art-807-bafog-master-uebergang.php>

<http://www.diw.de/deutsch/pressemitteilungen/87747.html>

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/100/1610087.pdf>

zum Thema Vermögen und Schulden beim BAföG:

<http://www.bafog-rechner.de/Hintergrund/art-814-grundschulden.php>

Staat schafft keinen Ausgleich für Studierende:

<http://www.verdi-bg->

[fhh.de/index.php?option=com_content&task=view&id=501&Itemid=46](http://www.verdi-bg-fhh.de/index.php?option=com_content&task=view&id=501&Itemid=46)

d) ZVS überholt? Bewerbungschaos an deutschen Hochschulen

Nicht nur an der Universität Münster gab es zum Ende der Bewerbungsrunde für das Wintersemester 2008/09 Chaos, sondern auch an vielen anderen deutschen Hochschulen. Aber bereits Anfang 2008 warnte insbesondere der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften vor einem Chaos bei der Studierendenauswahl, denn in der Zwischenzeit haben rund 60 % der Hochschulen Zulassungsbeschränkungen.

Die Idee bei der Abschaffung der ZVS (Zentralen Vergabestelle für Studienplätze) war, dass sich die Hochschulen ihre Studierenden selbst aussuchen soll. Nach der Einführung von örtlichen Zulassungsbeschränkungen in den meisten Fächern führt dies zu einer Bewerbungsflut. Viele bewerben sich an mehreren Unis um einen Platz zu bekommen und aussuchen zu können, danach werden viele Nachrückverfahren nötig und letztendlich bleiben Studienplätze frei. Jetzt gibt es bereits Überlegungen, die ZVS wieder einzuführen. Die Kultusministerkonferenz möchte nun die ZVS neu organisieren, sie soll zu einer Serviceeinrichtung für Hochschulen und BewerberInnen werden, die helfen das Chaos zu organisieren. Das Ziel ist dabei laut Hochschulrektorenkonferenz, dass jedeR BewerberIn den Studienplatz zugewiesen bekommt der am besten seinen/ihren Interessen und Fähigkeiten entspricht. Wie soll denn die ZVS das entscheiden können?

http://www.innovation.nrw.de/presse/Pressemitteilungen/2005/pm_2005_12_16.html

<http://www.derwesten.de/nachrichten/campus-und-karriere/2008/8/11/news-68492055/detail.html>

<http://www.tagesspiegel.de/magazin/wissen/Hochschule;art304,2480026>

e) 10. Studierendensurvey: Zufriedenheit von Studierenden steigt und politische Einstellungen von widersprüchlich?!

Am 14.8. veröffentlichte das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) den 10. Studierendensurvey an Universitäten und Fachhochschulen zu "Studiensituation und studentischen Orientierungen". Darin wird eine zunehmende Zufriedenheit mit der Qualität des Studiums, aber auch der Wunsch nach besserer Betreuung im Studium und beim Übergang in den Arbeitsmarkt sowie mehr Praxisbezug konstatiert. Darüber hinaus bestätigt die Studie erneut, dass im deutschen Bildungssystem die soziale Herkunft entscheidender für den Bildungserfolg ist als die Leistung der

Schüler/innen (siehe hierzu auch OECD Studie 2008).

Ob die Bundesbildungsministerin Annette Schavan mehr Geld für das Bildungs- und Hochschulsystem insbesondere für eine Verbesserung der Betreuungsverhältnisse in Schulen und Hochschulen in die Hand nehmen wird, bleibt jedoch fraglich.

Ein weiterer interessanter Aspekt der Studie bezieht sich auf die politische Einstellung von Studierenden: Das Interesse an Politik ist demnach in den letzten 25 Jahren deutlich gesunken. 10% interessieren sich gar nicht mehr für das politische Geschehen. Sofern sich die Studierenden einordnen, dann vor allem in die "Mitte". Ebenso steigt jedoch (noch auf niedrigem Niveau) die Zustimmung zu radikalen Richtungen.

Pressemitteilung des BMBF:

<http://www.bmbf.de/press/2348.php>

<http://www.studis-online.de/HoPo/art-806-politische-einstellung-studenten.php>

Studie:

http://www.bmbf.de/pub/studiensituation_studentetische_orientierung_zehn.pdf

f) Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut: Trend zu belastenden Arbeitszeiten hält an

Die Beschäftigten in Deutschland arbeiten häufiger in Schichtsystemen, nachts oder deutlich mehr als 40 Stunden pro Woche. Damit verbundene Belastungen können zu frühem gesundheitlichem Verschleiß führen. Zu diesem Ergebnis kommt Hartmut Seifert, Leiter des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, in einer neuen Analyse, für die er die aktuellsten Daten zur Arbeitszeitentwicklung ausgewertet hat. Demnach ging 2006 bereits jede/r sechste Neu-Rentner/in wegen verminderter Erwerbsfähigkeit in den Ruhestand.

http://www.boeckler.de/320_91977.html

g) OECD und Eurostudent bescheinigen Deutschland erneut eines der sozial selektiven Bildungssysteme

Am 9.9. wurde in Berlin die Ausgabe 2008 des OECD-Berichts "Bildung auf einen Blick" vorgestellt. Die jährlich erscheinende Veröffentlichung der OECD "Education at a Glance" beleuchtet bildungspolitische Fragen aus einer internationalen Perspektive. Sie basiert überwiegend auf Daten der Jahre 2005 und 2006. Erneut werden für die BRD u.a. zu wenig Studienanfänger/innen, Hochschulabsolvent/innen und zu geringe Bildungsausgaben konstatiert. Nach der Studie ist zwar der Anteil von Hoch- und Fachhochschulabsolventen in Deutschland von 18 auf 21 Prozent gestiegen, jedoch wuchs der Anteil im Durchschnitt aller OECD-Länder von 28 auf 37 Prozent. In Deutschland sind Frauen mittlerweile zu 55 Prozent an der akademischen Ausbildung beteiligt. Positiv ist zudem zu vermerken, dass mit 23 Prozent Studienabbrecher/innen Deutschland deutlich unter dem OECD-Mittel von 31 Prozent liegt.

Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK), Annegret Kramp-Karrenbauer, sieht dagegen die Bildungsreformen in der BRD "auf einem guten Weg", die Pressemitteilung von BMBF und KMK war überschrieben mit "Deutschland kommt voran". Die GEW kommentierte, dass sich die "selbsternannte 'Bildungsrepublik Deutschland' beharrlich" weigere, "ihre Hausaufgaben zu machen". Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock wies ebenso wie der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) auf drängende Probleme hin. "Besorgt" zeigte sich die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Prof. Dr. Margret Wintermantel. Vergleichbare Ergebnisse liefert die zum dritten Mal erschienene Studie „Eurostudent“, welche die Daten aus 22 Ländern miteinander vergleicht.

Weiterhin legte die OECD am 16.9. die Ergebnisse des Projekts "Tertiary Education for the Knowledge Society" (Hochschulen in der Wissensgesellschaft) vor. Die OECD-Studie untersucht und vergleicht die Hochschulsysteme von 24 Industrieländern - im Hinblick auf Steuerung, Finanzierung,

Qualitätssicherung, Chancengleichheit, Forschung, Karrierewege, Internationalisierung usw. Deutschland ist nicht dabei, weil Bund und Länder es abgelehnt haben, sich an dem Projekt zu beteiligen. Die BRD fehlt, weil Bund und Länder es abgelehnt haben, sich an dem Projekt zu beteiligen.

http://www.bmbf.de/pub/bildung_auf_einen_blick_08_wesentliche_aussagen.pdf
http://www.gew.de/Bildung_auf_einen_Blick_2008_Deutschland_faellt_weiter_zurueck.html
http://www.oecd.org/document/8/0,3343,de_34968570_34968855_39283656_1_1_1_1,00.html
<http://www.medienservice.sachsen.de/news/31716>
http://www.dgb.de/presse/pressemeldungen/pmdb/pressemeldung_single?pmid=3277
<http://www.fzs.de/aktuelles/presse/207114.html>
http://www.hrk.de/95_4510.php
<http://www.studis-online.de/HoPo/art-812-oecd-bildung-auf-einen-blick.php>

Eurostudent-Studie:

<http://iceland.his.de/eurostudent/report/>

h) *Österreich schafft Studiengebühren ab - Hamburgische Bürgerschaft beschließt nachgelagerte Studiengebühren*

Am 24. September wurde vom Nationalrat in Österreich mit den Stimmen des Zweckbündnisses aus SPÖ, der Grünen und der rechtspopulistischen (!) FPÖ die allgemeinen Studiengebühren zum Sommersemester 2009 abgeschafft. Weiterhin beschloss der Nationalrat einen finanziellen Ausgleich für die Einbußen, die den Hochschulen durch die Entscheidung entstehen werden. Naheliegend ist, dass die rechtspopulistische FPÖ mit ihrem Abstimmungsverhalten mit Blick auf die anstehenden Wahlen Stimmen gewinnen will / wollte.

Nachdem Studierenden an der Hochschule für bildende Künste erfolgreich allgemeine Studiengebühren boykottierten und dafür sogar die durch den Rektor angekündigte Exmatrikulation in Kauf nahmen, stimmten CDU und GAL (Grüne Alternative Liste) nach einer Absenkung Allgemeiner Studiengebühren von 500 € auf 375 € für eine beginnende Zahlungspflicht nach Abschluss des Studiums. Voraussetzung: Das verdiente Bruttogehalt muss über 30.000 Euro/Jahr erreichen. Dafür gibt es kaum noch Befreiungsmöglichkeiten. Dass diese Nachlagerung nicht sozialer ist als Allgemeine Studiengebühren sind

<http://www.studis-online.de/HoPo/art-818-nachgelagerte-studiengebuehr-hh.php>

Argumente gegen nachgelagerte Studiengebühren könnt ihr hier bestellen:

<http://abs-bund.de/material>

zum Boykott an der HfBK:

<http://www.hfbk.de/>

i) *„Leitlinien für die Lehrerbildung“ der Arbeitgeberverbände*

BDA und BDI haben im September "Leitlinien fuer die Lehrerbildung" veröffentlicht.

[http://www.bda-online.de/www/bdaonline.nsf/id/6C95040259A1802EC12574BF004E4107/\\$file/LehrerLeitlinien.pdf](http://www.bda-online.de/www/bdaonline.nsf/id/6C95040259A1802EC12574BF004E4107/$file/LehrerLeitlinien.pdf)

3.) Rechtliches

a) Kein Studiendarlehen

(Uf.) Wie das Oberverwaltungsgericht Lüneburg am 24. Juni 2008 in einer aktuellen Entscheidung (Az.: 4 PA 780/07) festgelegt hat, sollen Studiendarlehen nicht mehr an Personen erteilt werden, die älter als 35 Jahre sind. Ausnahmen könne es in Einzelfällen geben, wenn z.B. die Erziehung von Kindern einen früheren Studienbeginn verhindert habe.

b) Bundesverwaltungsgericht entscheidet: Zweitwohnungssteuer für Studierende möglich

Die Frage, ob Studierende Zweitwohnungssteuer bezahlen müssen, beschäftigt seit Jahren die Gerichte. Nun hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig dazu entschieden. Bundesrecht spricht weder gegen noch für die Steuerpflicht von Studierenden. Es komme auf die Ausgestaltung der Zweitwohnungssteuer vor Ort an, ob Studierende schließlich steuerpflichtig seien oder nicht. Wie diese Ausgestaltung möglich ist, dazu hat das Bundesverwaltungsgericht nun nähere Angaben gemacht. (Aktenzeichen: 9 C 13.07; 9 C 14.07; 9 C 15.07; 9 C 17.07)

<http://www.bafog-rechner.de/Hintergrund/art-819-zweitwohnungssteuer.php>

4. GEW Publikationen für den Bereich „Hochschule“

a) Hochschulbeilage zur E&W

Der Beginn des Semester kommt mit großen Schritten auf uns zu. Wie jedes Semester gibt es auch im kommenden Wintersemester eine spezielle Hochschulbeilage im Umfang von 4 Seiten rund um Hochschulpolitik und Servicehinweisen wie Hochschulinformationsbüros sowie den Rechtsschutz der GEW.

b) GEW Kalender 2008/2009

Wie ihr sicherlich bereits mitbekommen habt, wurde euch durch die Landesgeschäftsstelle (bislang) kein GEW-Kalender für 2008/2009 zugesendet. Doch dies hat einen guten Grund! Ab 2009 gibt es für GEW Mitglieder, die nicht im Schuldienst tätig sind einen gesonderten Kalender, welcher per Kalenderjahr erscheint. Besonderheit des Kalenders: Anstelle der unzähligen Seiten mit Vordruckern für Klassenstundenplänen sowie Kontakten zu Personalräten/-vertretungen wird es im neuen Kalender Kontaktdaten für hochschulspezifische Ansprechpartner/innen auf Landesebene geben. Dies beinhaltet insbesondere die Kontaktdaten zum LASS, entsprechenden GEW Hochschulgruppen und der Hochschulinformationsbüros.

Die Versendung der Kalender für 2009 erfolgt Ende Oktober / Anfang November durch die Geschäftsstelle der GEW.

5.) weitere Publikationen

a) Neuerscheinung: Studienheft „Hochschule und Demokratie“

Unter dem Titel „Hochschule und Demokratie. Rückblicke – Einblicke – Ausblicke“ ist soeben das neue von BdWi, fzs und GEW herausgegebene Studienheft erschienen.

(Preis: 7,- Euro, inkl. Porto. Für WeiterverkäuferInnen: ab 5 Ex. 6,30 Euro, ab 10 Ex. 5,60 Euro, ab 20 Ex. 4,90 Euro.)

Weitere Informationen über die „Debattenbeiträge zu 40 Jahren StudentInnenbewegung, Hochschulreform und außerparlamentarischer Opposition“ finden sich hier (Bestellungen sind online möglich):

<http://www.bdwi.de/show/1565127.html>

b) "Geschlechtergerechte Personalentwicklung in der Wissenschaft"

"Geschlechtergerechte Personalentwicklung in der Wissenschaft" lautet der Titel einer Handreichung, den die Bundeskonferenz der Frauenbeauftragten und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen (BuKoF) vorgelegt hat. Gerne gebe ich den Hinweis auf die Neuerscheinung an euch weiter. Ihr könnt die Handreichung bei der BuKoF bestellen oder im Internet downloaden:

<http://www.bukof.de/down/handreichung-personalentwicklung.pdf>

6.) Termine

9. Oktober 2008

Angela Merkel im Rahmen ihrer Bildungsreise an der Universität Lüneburg

9. Oktober 2008 + 18:15 – 19:45 Uhr + Universität Lüneburg

„Aktuelle hochschul(politische) Paradigmen und deren Auswirkungen auf das Bildungssystem“ Referent: Andreas Keller

<http://www.gew-lueneburg.de/gew.php?URL=hsg>

23. Oktober 2008 + 18.15 bis 19.45 Uhr + Universität Lüneburg

„Von der Ordinarien- über die Gruppenuniversität zur unternehmerischen Hochschule“

Referent: Torsten Bultmann

<http://www.gew-lueneburg.de/gew.php?URL=hsg>

25. Oktober 2008 + Köln

Kongress in Bonn: „Die unternommene Hochschule. Studium, Lehre und Forschung als Ware“

Die Rosa Luxemburg Stiftung NRW veranstaltet am 25. Oktober 2008 mit BdWi u. a. diesen hochschulpolitischen Kongress. Zu den Referentinnen und Referenten gehören auch die BdWi-Vorstandsmitglieder Alex Demirovic und Andreas Keller sowie BdWi-Geschäftsführer Torsten Bultmann.

http://www.bdwi.de/bdwi/termine/event_13228.html

1. November 2008 + 13:30 – circa 18 Uhr + GEW Geschäftsstelle Hannover

Mitgliederversammlung des Landesausschuss der Studentinnen und Studenten in der GEW Niedersachsen. Einladung erfolgt postalisch.

7.) Neu im Netz

a) Tagungsdokumentation: „Hochschulen im Umbruch – Wettbewerb statt Stabilität“

Am 19. Mai 2008 fand an der Uni Oldenburg die folgende von der Kooperationsstelle Hochschule-Gewerkschaften veranstaltete Tagung statt: „Hochschulen im Umbruch – Wettbewerb statt Stabilität? Veränderte Anforderungen für die Arbeit von Personalräten“.

Die Beiträge der Tagung sind unter dem folgenden Link abrufbar:

<http://www.uni-oldenburg.de/kooperationsstelle/32700.html>

b) Online-Textsammlung zum Thema „Hochschulzugang“

Auf der Homepage des BdWi sind verschiedene Texte zum Thema „Recht auf Bildung – Hochschulzugang – Kapazitätsbewirtschaftung“ eingestellt.

<http://www.bdwi.de/bdwi/texte/1522246.html>

c) Prekarisierung von Wissenschaft und wissenschaftlichen Beschäftigungsverhältnissen

Die GEW war im Januar Mitveranstalter der vom BdWi durchgeführten Tagung „Prekarisierung von Wissenschaft und wissenschaftlichen Beschäftigungsverhältnissen“. Ein Teil der dort gehaltenen Referate liegt jetzt schriftlich vor und kann unter dem folgenden Link abgerufen werden.

http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte_78.pdf

d) Blick nach rechts – Onlineplattform gegen Rechts

www.bnr.de

e) Sozialpolitik geht uns alle an!

Tarifvertrag? - Arbeitslosenversicherung? - Altersabsicherung? - Unfallversicherung? - Minijob? -
Alles rund um Sozial- und Gesundheitspolitik findet ihr hier

<http://sopo.verdi.de/>

Impressum

GEW Niedersachsen

Landesausschuss der Studentinnen und Studenten (LASS)

Berliner Allee 16

30175 Hannover

Vi.S.d.P. Elke Michauk, Sprecherin des LASS GEW Niedersachsen